

PROTOKOLL

der 290. Sitzung des Grossen Gemeinderates

Datum	Dienstag, 22. Juni 2004
Zeit	19.30 – 20.55 Uhr
Ort	Aula der Schulanlage Moos
Anwesend Vorsitz	Christian Staub
Mitglieder	Andreas Aebi, Florian Aebi (ab 19.37 Uhr), Pia Aeschmann (bis 19.50 Uhr), Jolanda Beck, Rolf Berger, Verena Bettler Suter, Samuel Brüngger, Ernst Buff, Ruth Cadetg-Hafen, Rudolf Eggimann, Verena Flück, Urs Gantner, Marina Graham, Ralf Grubwinkler, Urs Grütter, Patricia Gubler-Geelhaar, Martin Häusermann, Kathrin Heer, Barbara Künzi-Egli, Marc Loosli, Elisabeth Mallepell, Johannes Matyassy, Roland Meyer, Alois Müller, Franz Müller, Christoph Schnyder, Daniela Schönenberger-König, Urs Siegenthaler, Barbara Stalder Ritschard, Annemarie Stettler, Lee Streit, Hannes Treier, Ursula Wenger
Stimmzählerinnen	Jolanda Beck, Marina Graham (a.o.)
Vertreter des Gemeinderates	Hans-Rudolf Saxer, Gemeindepräsident Ursula Gutmann, Hans Haldimann, Thomas Hanke, Susanne Leuenberger-Nussli, Kathrin Mangold, Kurt Steiner, David von Steiger
Sekretärin	Karin Pulfer, Gemeindeschreiberin
Zusätzlich anwesend	Jean Perrochon, LP Ingenieure AG
Entschuldigt abwesend	GGR: Ernst Bigler, Renate Beyeler, Nadia Lützelschwab-Sturzenegger, Barbara Rigassi, Theres Roder, Beatrice Pulver-Schober GR: Hans Aeschbacher
Protokoll	Nicole Sanktjohanser, Gemeindeschreiberin-Stv.

Traktanden

1.	Protokoll der Sitzung vom 18. Mai 2004	514
2.	Schulkommission; Ersatzwahl	514
3.	Leitungsinformationssystem LIFOS Muri / GIS-Ablösung; Kreditabrechnung	514
4.	Erschliessung Baugebiet Vorackerweg (heute Vorackerrain); Kreditabrechnung	515
5.	Dorfstrasse: Neubau Trottoir im Bereich Neubau Röthlisberger AG, Gümligen; Kreditabrechnung	516
6.	Gesamtprojekt Umgestaltung Thunstrasse/Thorackerstrasse; Abrechnung	516
7.	Sanierung Worbstrasse	518
8.	Kindertagesstätte Steinhübeliweg 11a, Muri; Rückzug des Geschäftes durch den Gemeinderat (siehe Mitteilung)	522
9.	Motion Aebi (SP) betreffend Teilrevision der Gemeindeordnung; Abschreibung	522
10.	Postulat Aebi (SP) betreffend Änderung Art. 85 Ziff. 2 + 3 des Personalreglementes; Zwischenbericht	523
11.	Postulat Grütter (SVP) betreffend ISB (International School of Berne); Abschreibung	523
12.	Motion Wenger (EVP) betreffend Einführung der Blockzeiten in Muri-Gümligen; Überweisung	525
13.	Motion Grubwinkler / Lützelschwab-Sturzenegger (jf) betreffend Schaffung eines „guichet virtuel“ auf der Internetseite http://www.muri-guemligen.ch ; Überweisung	526
14.	Motion Grubwinkler (jf) / Künzi (FDP) betreffend Aaredamm und Aareufer; Überweisung	526
15.	Postulat SVP-Fraktion betreffend Mobilfunk; Überweisung	526
16.	Einfache Anfrage Gubler (FDP) betreffend der Einführung einer weiteren spez. Sek-Klasse bei Bedarf	527
17.	Neue parlamentarische Vorstösse	527

Der Präsident eröffnet die 290. Sitzung und stellt die Anwesenheit von 32 Ratsmitgliedern fest.

Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, dass Abmeldungen für die GGR-Sitzungen der Sekretärin, Karin Pulfer, zu melden seien.

Mitteilung:

Hans Haldimann gibt bekannt, dass der Gemeinderat das Geschäft Nr. 8 – Kindertagesstätte Steinhübeli – mit Bedauern zurückgezogen habe.

Der Kanton habe am 15. Juni 2004 mitgeteilt, dass er vorläufig keine Kantongelder für neue Kinderbetreuungsplätze mehr sprechen werde. Damit sei der ganze Text von Ziff. 3 der Botschaft hinfällig, respektive stimme nicht mehr. Der Kanton habe seinen Entscheid u.a. damit begründet, dass dank der Anschubfinanzierung des Bundes viel mehr Plätze (erweiterte oder neue) geschaffen worden seien. Durch diese Vermehrung und den vorgesehenen Lastenausgleich des Betriebsdefizites habe es den finanziellen Rahmen des Kantons gesprengt, weshalb er bis zum Herbst 2004 ein Moratorium verfügt habe. Er wolle damit die Situation in den bereits bestehenden KiTa's überdenken.

Der Gemeinderat sei masslos enttäuscht über diesen Entscheid. Enttäuscht seien bestimmt auch alle, die an diesem Projekt mitgearbeitet hätten. Es sei unverständlich, dass ein baureifes Projekt durch ein plötzliches Ändern der Spielregeln blockiert werde. Dies auch unter dem Aspekt, dass 49 Kinder auf der Warteliste seien.

Man habe versucht, eine Vorlage mit einem breit abgestützten politischen Konsens zu schaffen. Mit einem Zwischenbericht habe man das politische Wohlbefinden erkundet und die Inputs soweit möglich aufgenommen. Das Projekt hätte auch einen über dem vom Kanton geforderten Kostendeckungsgrad erreicht.

Der Gemeinderat habe sich überlegt, wie er sich mit der neuen Situation arrangieren solle und dabei verschiedene Möglichkeiten in Erwägung gezogen.

Beispielsweise könnte das Moratorium ignoriert und der Beschluss dem GGR und dem Volk in der Fassung vom 7. Juni 2004 unterbreitet werden. Dabei wäre es aber problematisch, das Volk gleichzeitig mit dem Kreditantrag zu informieren, was es mit dem kantonalen Lastenausgleich auf sich habe, denn viele Personen würden diesen nicht kennen. In der Botschaft sei der Lastenausgleich zwar gut beschrieben, sofern zusätzlich noch erklärt werden müsste, dass dieser allenfalls nicht beansprucht werden könnte, würde man in einen Argumentationsnotstand geraten. Der Gemeinderat habe sich daher schweren Herzens für den Rückzug entschieden.

Man werde nun insbesondere auf regionaler Ebene versuchen, gegen diesen Entscheid vorzugehen. Man sei in der Sozialkommission des VRB vertreten, in welcher nebst der Stadt Bern auch viele Agglomerations-Gemeinden vertreten seien. Es sei sicher der richtige Weg, gemeinsam gegen diesen Entscheid zu opponieren. Es könnte sein, dass Herr Regierungsrat Bhend aufgesucht oder im Grossen Rat lobbyiert würde. Denn dort würde im November eine entscheidende Weiche gestellt werden, da der Grosse Rat über die bisher gesprochenen 2 Mio. Franken Zusatzgelder, welche der Kanton im Hinblick auf die Anstufung des Bundes aufgestockt habe, befinden müsse. Auch werde der Rekurs der Stadt Bern mit Interesse abgewartet.

Man sei überzeugt, dass Muri mit seiner Vorlage sehr starke Argumente habe. Der bereits erwähnte Kostendeckungsgrad von fast 50% müsste im Sinne des Kantons sein. Dieser Kostendeckungsgrad würde dazu beitragen, dass der Lastenausgleich des Kantons nicht überborde. Man sei diesbezüglich zuversichtlich und nach wie vor überzeugt, dass man über eine gute Botschaft verfüge.

Zeitlich werde sich das Geschäft etwas verschieben. Man werde abwarten müssen und sobald positive Signale seitens des Kantons erfolgten, würde das Geschäft unverzüglich dem GGR vorgelegt. Das Projekt und die Botschaft seien eigentlich „pfannenfertig“, deshalb könnte sehr rasch reagiert werden, sobald neue Erkenntnisse vorliegen würden.

Persönliche Erklärungen:

Pia Aeschimann (Forum) führt aus, sie sei enttäuscht und traurig, dass der Gemeinderat das Geschäft Kindertagesstätte Steinhübeli zurückgezogen habe. Dass ein Gemeinderat nur aufgrund der eventuell ausfallenden Subventionen ein Geschäft zurückziehe, zeige ihr, dass er nicht hinter diesem Projekt stehe und ihm die familienergänzende Kinderbetreuung kein Anliegen sei. Wäre hinter dieser seit mehr als 4 Jahren überwiesenen Motion ein tatkräftiger Gemeinderat gestanden, müsste sie heute Abend keine persönliche Erklärung abgeben.

Kurzum gesagt sei dieses Geschäft über weite Teile, sprich für Monate oder vielleicht sogar Jahre, verzögert worden. Nicht zuletzt die Präsentation der ProTag (Projektgruppe Tageselternverein) - welche mit ihrer Umfrage das Bedürfnis für zusätzliche Plätze aufgezeigt habe - habe den Ausschuss nach über einem Jahr dazu veranlasst, wieder einmal eine Sitzung einzuberufen und dieses Projekt wieder in die Hände zu nehmen.

In den letzten 1 1/2 Jahren sei viel Arbeit geleistet worden. Nun habe man eine überwiesene Motion, eine Warteliste mit 49 Kindern, eine gemeindeeigene Liegenschaft, welche seit 2 Jahren leer stehe und sehr geeignet wäre und ein startklares Projekt. Ebenfalls seien das Baukonzept und das Betriebskonzept vorhanden. All dies habe bis anhin Kosten von fast 100'000 Franken verursacht, und dieses Geschäft sei nun zurückgezogen worden.

Es handle sich hier nicht um Millionenbeträge, welche die Gemeinde schlimmstenfalls übernehmen müsste, sondern um einige hunderttausend Franken. Wenn man die Traktandenliste von heute Abend betrachte, könnte man das Gefühl bekommen, die Gemeinde würde viel lieber in Strassen, Kanalisationen, Mauern, Platzgestaltungen usw. investieren, als nämlich in ihre wichtigste Ressource, das Entwicklungspotenzial der heranwachsenden Generation!

Leider werde damit einmal mehr bestätigt, dass sich im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung die Diskussion vor allem um die wirtschaftliche Dimension drehe. Dabei sei die gesellschaftspolitische Bedeutung viel grösser. Das Bildungsniveau der Frauen sei noch nie so hoch gewesen wie im Moment, die Geburtenrate noch nie so tief, Tendenz steigend. Von hundert Ehen würden 41 geschieden, Tendenz steigend. 15% aller Kinder würden mit einem Elternteil aufwachsen, Tendenz steigend. 4 von 10 Kindern würden heute als Einzelkinder aufwachsen, Tendenz steigend. Kinder würden das grösste Armutsrisiko in der Schweiz bilden, Tendenz steigend. Die Schweizer Gesellschaft sei multikulturell, Tendenz steigend. Die höhere Lebenserwartung verändere das Generationenverhältnis, das heisse, die künftigen Grosseltern könnten die Kinderbetreuung nicht mehr übernehmen, da sie selber im Berufsleben stehen würden, Tendenz steigend.

Familienergänzende Kinderbetreuung sei keine Kür, sondern eine Pflicht, welche Mittel erfordere! Oder anders formuliert: familienergänzende Kinderbetreuung müsse vom notwendigen Übel zur sozial- und bildungspolitischen Selbstverständlichkeit werden. Diesen Schritt habe der Gemeinderat mit seinem Entscheid nicht vollzogen. Das Geschäft Kindertagesstätte Steinhübeli sei vom Tisch und hinterlasse eine grosse Lücke. Dies werde bei einem grossen Teil der Bevölkerung auf Unverständnis stossen.

Pia Aeschimann informiert, dass sie nach dem Votum von Marina Graham die Sitzung verlassen werde. Dies nicht da sie "trötzele" oder wütig sei, sondern da sie eine Präsentation ihres Sohnes mitverfolgen wolle.

Marina Graham (Forum) hält fest, der Rückzug des Geschäfts Kita Steinhübeliweg sei kaum fassbar und sie sei sehr enttäuscht. Als Volksvertreterin fühle sie sich an der Nase herumgeführt. 29 Kinder seien auf der Warteliste gewesen, als die Motion am 19. September 2000 eingereicht worden sei. Heute – nach fast 4 Jahren – würden bereits 49 Kinder auf einen Betreuungsplatz warten. Das „Berner“-Tempo, welches bei dieser Motion zur Anwendung gekommen sei, habe die Situation wesentlich verschärft. Verzögerungen habe es auch gegeben, weil sich während diesen 4 Jahren die Lage ständig verändert habe.

Als Elternvertreterin habe sie im Kita-Ausschuss viel Zeit und Energie aufgewendet und sei zudem immer überzeugt gewesen, dass eine gute Lösung gefunden werden könnte.

Als Mutter von zwei Kindern, welche glücklicherweise die Möglichkeit hätten, die pädagogisch wertvolle Kindertagesstätte Kunterbunt zu besuchen, habe sie vor allem gehofft, dass auch andere Kinder auf der Warteliste diese im Jahr 2004 zeitgemässe Möglichkeit der familienergänzenden Kinderbetreuung erhalten würden.

Der Stillstand dieses Geschäfts habe leider bis jetzt nur Kosten verursacht. Die Liegenschaft stehe seit 2 Jahren leer, was einen Mietzinsausfall von CHF 36'000.00 bedeute. Ein Projektkredit von CHF 70'000.00 sei bewilligt und teilweise ausgegeben worden. Man habe also schon über CHF 100'000.00 investiert und nichts in der Hand. „*Ausser Spesen nichts gewesen!*“ Die bürgerlichen Parteien würden einmal mehr beweisen, dass sie sich nicht aus Überzeugung für die Kindertagesstätte und für Tagesschulen engagieren würden. Höchstens, wenn sich die

Wahlen am Horizont zeigen würden, würden sie zum Stimmenfang eine Motion zur Einführung der Tagesschulen lancieren – selbstverständlich zum Nulltarif. Diese für die Gemeinde und die Familien mit Kindern wichtige Institution dürfe aber nichts kosten.

Wer immer wieder mit dem Argument vom Kostendeckungsgrad von über x % komme, stehe nicht hinter diesem Projekt und habe sehr wahrscheinlich den letztjährigen Verwaltungsbericht nicht gelesen. Das Kunterbunt weise einen Kostendeckungsgrad von 37,1 % auf und dies, auch ohne dass man Plätze an Dritte verkaufe. Kostendeckungsgrad und Unsicherheit der Finanzierungen seien nur Ausreden.

Denn familienergänzende Betreuung müsse und könne nicht gratis sein, bringe sie doch der Gemeinde nachhaltigen Nutzen. Sie bringe nicht nur Standort- und Imagevorteile, sondern auch wirtschaftlichen Nutzen.

Gemäss einer Studie im Auftrag der Stadt Zürich brächten Kindertagesstätten nicht nur ihren Benutzerinnen und Benutzern Vorteile, sondern zählten sich volkswirtschaftlich gesehen mit dem vierfachen Ertrag der getätigten Investitionen aus. Das würde heissen, pro investierten Franken würden vier Franken an die Gesellschaft zurückfliessen. Familienergänzende Institutionen seien also keine kostspielige Notlösung für berufstätige Eltern, sondern aus wirtschaftlicher, familien- und bildungspolitischer Sicht eine sinnvolle Investition, die sich kurz- und langfristig in jeder Hinsicht auszahle. Besonders in der Gemeinde Muri/Gümligen, die viele junge Eltern mit hohem Bildungsniveau aufweise, sollte der wirtschaftliche Faktor Kita nicht unterschätzt werden.

Für sie persönlich und das Forum seien die pädagogischen Vorteile dieser Infrastruktur noch wichtiger: Sie würden die Kitas als die erste Ausbildungsstufe betrachten. Die Kitas seien keine Hüteorte, sondern Bildungsstätten, wo die Selbst-, Sozial- und Sprachkompetenz der Kinder gefördert werde. Das wirke sich später im Schulunterricht spürbar und positiv auf die Sachkompetenz der Kinder aus.

Was in die Kitas investiert würde, könnte später in der Schule gespart werden. So seien, um nur ein Beispiel zu nennen, wesentlich weniger Mittel für die Integration der fremdsprachigen Kinder nötig.

In Skandinavien, wo übrigens bei der Pisa-Studie die besten Resultate erzielt worden seien, hätten wissenschaftliche Untersuchungen nachgewiesen, dass Kinder, welche eine Kita oder eine Tagesschule besucht hätten, später eindeutig bessere Schulleistungen erbracht hätten. Wer ein hohes Bildungsniveau wolle, müsse logischerweise auch für Kindertagesstätten und für Tagesschulen plädieren. Die zwei Institutionen seien eng miteinander verbunden.

All diese Argumente zählten für bürgerliche Parteien ganz offensichtlich nicht. Ob sich da wohl eine Leseinkompetenz zeige?

Es sei besonders traurig, dass die Gemeinde Muri – als eine der reichsten des Kantons Bern – es sich nicht leisten wolle, ihre Investitionen in ihre wichtigste Ressource zu tätigen, nämlich in das Entwicklungspotenzial der heranwachsenden Generation.

Der Gemeinderat habe falsch entschieden, keinen Mut gezeigt und damit eine Chance klar verpasst!

Es sei Wahljahr, hält Johannes Matyassy (FDP) fest. Dies legitimiere aber nicht dazu, dass im Rahmen einer persönlichen Erklärung im Ratssaal Wahlkampf betrieben werde. Vor allem, wenn man den bürgerlichen Parteien Sachen vorwerfe, welche schlicht nicht stimmen würden, was in den Akten auch nachzulesen sei.

Er danke dem Gemeinderat für seine verantwortungsvolle Entscheidung. Es sei nämlich nicht so, wie es die beiden Damen in ihren Voten dargestellt hätten. Das Geschäft sei nicht vom Tisch, es sei nur vorläufig sistiert, bis sich die Situation geklärt habe. Der Gemeinderat habe entschieden, zuerst die Abklärungen des Kantons abzuwarten. Dies bestimmt auch aus der Überlegung heraus, dass man Muri nicht immer als diese Gemeinde positionieren wolle, welche sich immer alles leisten könne. Nach aussen könne ruhig gezeigt werden, dass auch in Muri der Steuerfranken sorgfältig angeschaut werde.

„Voilà, es ist Wahlkampf und dies habe man heute wieder einmal gemerkt“.

Wahl ausserordentliche Stimmzählerin

Als ausserordentliche Stimmzählerin für die heutige Sitzung wird einstimmig Marina Graham (Forum) gewählt.

Traktandenliste

Gegen die Traktandenliste werden keine Einwände erhoben.

1 Protokoll der Sitzung vom 18. Mai 2004

Beschluss

Das Protokoll wird genehmigt.

2 Schulkommission; Ersatzwahl

Der Vorsitzende führt aus, als Ersatz für die auf den 31. Juli 2004 zurücktretende Antoinette Brunner schlage die Freisinnig-demokratische Partei Barbara Locher-Neuenschwander, Heilpädagogin/Hausfrau, Pourtalèsstrasse 51, 3074 Muri bei Bern, zur Wahl vor.

Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Einstimmig wird Barbara Locher-Neuenschwander für den Rest der laufenden Amtsperiode als Mitglied der Schulkommission gewählt.

Der Vorsitzende gratuliert der Gewählten.

3 Leitungsinformationssystem LIFOS Muri / GIS-Ablösung; Kreditabrechnung

Barbara Künzi erklärt, sie werde als GPK-Sprecherin zu den Traktanden 3, 4 und 5 – alles Abrechnungen – gleichzeitig Stellung nehmen.

Eigentlich müsste zu diesen Geschäften gar nicht viel gesagt werden, da man bei allen Kreditunterschreitungen vorzuweisen habe. Dies sei sehr erfreulich. Trotzdem seien an der GPK-Sitzung Gemeinderat Kurt Steiner und Hans-Rudolf Zwahlen (pens. Tiefbauleiter) für Auskünfte anwesend gewesen und die Mitglieder hätten diese erfreulichen Resultate hinterfragt. Günstigere Vergebungen, genutzte Synergien und ein einfacher Baugrund ohne Überraschungen hätten zu diesen guten Resultaten geführt.

Die GPK stimme bei allen drei Geschäften den Anträgen des Gemeinderates einstimmig zu.

Kurt Steiner, gemeinderätlicher Sprecher, führt aus, er wolle kurz auf den Tag zurückblicken, an welchem entschieden worden sei, das geschlossene System zu ersetzen, da die Millenniumstauglichkeit nicht bekannt gewesen sei. Man habe einen unkonventionellen Weg – ein Benchmarking mit den Gemeinden Kreuzlingen und Horgen – gewählt. Dies, da diese Gemeinden das gleiche System hätten ersetzen müssen und daher auch die gleichen Probleme gehabt hätten. Dadurch habe man Synergien nutzen können. Einerseits habe man durch die Zusammenarbeit Einsparungen bei der Evaluation erzielen können, andererseits seien diese bei der Planung wieder eingeholt worden, da man mit sehr „unreinen“ Daten habe arbeiten und diese in ein neues System habe transferieren müssen. Es sei beispielsweise passiert, dass durch die Transferierung der alten Pläne plötzlich ein Schachtdeckel in den neuen Plänen am falschen Ort wieder aufgetaucht sei. Dies habe auch der Projektleitung einiges Kopfzerbrechen bereitet und zu diesen Mehrkosten geführt. Sie hätte Einfluss nehmen und bei der alten Firma insistieren müssen, da diese kein Interesse an zusätzlichen Investitionen mehr gehabt hätte und nicht so offen für einen Datentransfer gewesen sei. Ebenfalls habe die Projektleitung noch Öffentlichkeitsarbeit übernehmen müssen, welche ursprünglich nicht vorgesehen gewesen sei. Seinerzeit habe man das System den Parteien und Fraktionen vorgestellt. Bei der Umsetzung der Daten hätten wiederum Einsparungen gemacht werden können, so dass schlussendlich doch noch das nun vorliegende erfreuliche Resultat habe erzielt und der gesprochene Kredit habe eingehalten werden können.

Eintreten wird nicht bestritten.

Roland Meyer führt aus, die FDP/jf-Fraktion habe die Abrechnung mit Freude zur Kenntnis genommen und werde dem Antrag des Gemeinderates zustimmen. Sie hoffe, dass die Gemeindebetriebe das LIFOS künftig gut nutzen könnten.

Barbara Künzi, Sprecherin der GPK, und Kurt Steiner, gemeinderätlicher Sprecher, verzichten auf das Schlusswort.

Beschluss (einstimmig)

Die Abrechnung „Leitungsinformation LIFOS Muri, GIS-Ablösung“ im Betrage von CHF 493'894.05 (inkl. MWST) wird genehmigt (Kreditunterschreitung von CHF 6'105.95).

4

Erschliessung Baugebiet Vorackerweg (heute Vorackerrain); Kreditabrechnung

GPK => siehe Traktandum 3

Das Wort wird vom gemeinderätlichen Sprecher, Kurt Steiner, nicht verlangt.

Eintreten wird nicht bestritten.

Roland Meyer führt aus, auch dieses Geschäft sei erfreulich. Die Gemeinde habe die Kosten im Griff und die FDP/jf-Fraktion werde dem Antrag des Gemeinderates zustimmen.

Barbara Künzi, Sprecherin der GPK, und Kurt Steiner, gemeinderätlicher Sprecher, verzichten auf das Schlusswort.

Beschluss (einstimmig)

Die Kreditabrechnung Erschliessung Baugebiet Vorackerweg (heute Voracker-rain) wird genehmigt. Sie schliesst mit CHF 633'764.60 ab (Kreditunterschreitung von CHF 246'235.40).

5 Dorfstrasse: Neubau Trottoir im Bereich Neubau Röthlisberger AG, Gümligen; Kreditabrechnung

GPK => siehe Traktandum 3

Kurt Steiner erklärt als gemeinderätlicher Sprecher, die momentan relativ hohe Mauer werde im Zusammenhang mit dem Neubau der SBB-Unterführung noch angepasst, so dass diese schlussendlich etwa 50 cm weniger hoch sein werde. Noch geprüft werde, ob das Trottoir wie geplant entlang der Strasse zum Roten Platz erstellt werde oder die Abkürzung des Abgangs zum Sägeweg nicht nur als Provisorium eine Möglichkeit wäre. Diesbezüglich habe man noch etwas Spielraum und der GGR werde sich dazu noch äussern können.

Eintreten wird nicht bestritten.

Das Wort wird nicht verlangt.

Beschluss (einstimmig)

Die Abrechnung „Dorfstrasse: Neubau Trottoir im Bereich Neubau Röthlisberger AG, Gümligen“, im Betrage von CHF 456'529.05 (inkl. MWST) wird genehmigt (Kreditunterschreitung von CHF 80'535.95).

6 Gesamtprojekt Umgestaltung Thunstrasse/Thorackerstrasse; Abrechnung

Für die Auskunftserteilung ist Jean Perrochon, welcher bei diesem Projekt die Oberbauleitung innehatte, anwesend.

Martin Häusermann führt aus, die GPK habe dieses Geschäft aus zwei Gründen speditiv behandeln können: Zum einen weise die Abrechnung eine substanzielle Kreditunterschreitung auf, zum andern habe die Realisation nun eine Verbesserung für alle Verkehrsteilnehmer gebracht.

Die Abrechnung sei transparent und die Gründe für die Kosteneinsparungen seien aufgeführt und nachvollziehbar. Den Nachkredit für die Kanalisation habe

man nur zur Hälfte ausschöpfen müssen. Dies alles sei erfreulich für ein Projekt unter der Leitung der Gemeinde.

In der Botschaft sei der Projektverlauf sowie die –ausführung gut wiedergegeben worden. Die zuständige Ressortleiterin habe darauf hingewiesen, dass – ausser der Begrünung des Trassees – keine weiteren Optimierungen geplant seien. Die GPK empfehle einstimmig, beide Anträge gutzuheissen.

Ursula Gutmann erklärt als gemeinderätliche Sprecherin, dem Gesamtprojekt Thunstrasse / Thorackerstrasse habe man vielfach einfach „Hüsisutz“ gesagt. Es sei viel geschrieben worden und sie sei sehr froh, dass dieses Geschäft nun mit der vorliegenden Abrechnung zu Ende gebracht werden könne, der Kredit nicht habe voll ausgeschöpft werden müssen und das Projekt im Rahmen seiner Möglichkeiten eine gute Sache geworden sei. Sie möchte nicht darauf verzichten, an die Anwohner und die Bevölkerung einen Dank auszurichten. Sie hätten die durch das Projekt erforderlichen Verkehrsumleitungen durch die Quartiere, die Staus und den Lärm – zum Teil zähneknirschend – über sich ergehen lassen müssen. Geholfen hätten aber auch die Gegner dieses Projektes, welche den Zeigfinger auf Schwachstellen gerichtet und dadurch gefordert hätten, das Beste aus diesem Projekt herauszuholen. Sie danke auch den Planern, Partnern und Mitarbeitern für die gute Zusammenarbeit – zwei „Haupttäter“ und Hannes Treier, welcher für die Finanzkontrolle zuständig gewesen sei, seien heute hier anwesend.

Wie vom GPK-Sprecher bereits erwähnt, sei noch eine optische Optimierung beim Bahntrasseee offen. Aufgrund des heissen letztjährigen Sommerwetters habe man dieses Jahr neu ansäen müssen. Habe man Erfolg, werde das Trasseee nächstes Jahr grün sein.

Eintreten wird nicht bestritten.

Daniela Schönenberger erklärt namens der Forum-Fraktion, das Geschäft und die dazugehörige Abrechnung hätten im Vorfeld viel Gesprächsstoff geliefert. Die Umgestaltung vom Hüsisutz sei abgeschlossen und der Kreisel an der Thunstrasse lasse den Verkehr fliessen, auch wenn die einen oder anderen hie und da noch gegen den Strom fahren würden. Jede Änderung in diesem Gebiet sei eine Verbesserung der alten Situation und so sei die heutige Lösung für viele Verkehrsteilnehmer eine Erleichterung. Das Forum habe das Projekt lange bekämpft, nicht dass an der Notwendigkeit gezweifelt worden wäre, sondern man erachtete lediglich das Ausmass und die Kostenfolge als überrissen. Man sei froh, dass nun in der Abrechnung eine komfortable Kreditunterschreitung ausgewiesen werde, man wage kaum darüber nachzudenken, was es prozentual überhaupt noch gekostet hätte, wenn von Anfang an eine billigere Variante umgesetzt worden wäre.

Die Bauphase vor einem Jahr sei von einer eindrücklichen, sehr positiven Informationspolitik begleitet worden. Für viele Gemeindebürger sei die Baustelle ein Ausflug wert gewesen und wenn es verkehrstechnische Probleme gegeben habe, wie zum Beispiel kurz nach Schulanfang im August, habe man seitens der Gemeinde sofort reagiert und die Situation verbessert. Dies sei eine sehr vorbildliche Strategie, welche bei anstehenden Projekten auch wieder übernommen werden könnte.

Die neue Gestaltung, die der Platz vor dem „Sternen“ angenommen habe, wirke einheitlich, übersichtlich und auch offen. Die neuen Teile der alten Mauer würden von Efeu überwachsen und auch das Trockenbeet zwischen den Schienen werde langsam eine farbige Auflockerung für das Auge. So gewinne die Natur hier langsam an Boden.

Hier und dort gäbe es noch Verbesserungsbedarf, wie zum Beispiel die Doppelampeln beim Fussgängerstreifen, welche nicht gleichgeschaltet seien und wo

viele Automobilisten erst bei der zweiten Ampel nach Vorschrift halten oder fahren würden. Dieser und andere Optimierungsvorschläge werde man direkt bei der Vorsteherin Ressort Verkehr deponieren.

Alles in allem sei man froh, dass die „Sternen“-Kreuzung übersichtlicher geworden sei und der Verkehrsfluss an der Thunstrasse beim Kreisel habe optimiert werden können und dies alles, bevor das Multengut bezogen und das Einkaufszentrum in Betrieb genommen worden sei.

Was das Finanzielle betreffe, so werde auch die Forum-Fraktion selbstverständlich die positive Abrechnung vom Gesamtprojekt Umgestaltung Thunstrasse und der Kanalisation Thunstrasse genehmigen.

Urs Grütter (SVP) führt aus, man habe in der Fraktion – ohne dass dies eine Fraktionserklärung wäre – mit Genugtuung zur Kenntnis genommen, dass eine anständige Kosteneinsparung habe realisiert werden können und sich auch kurz über die Auswirkungen auf den Investitionsplan Gedanken gemacht.

Bei einer künftigen Debatte über den Investitionsplan bzw. den Realisierungsgrad würde die SVP-Fraktion die Argumentation, dass zuwenig verwirklicht werde, nicht mehr akzeptieren. Denn dieses Beispiel zeige, dass das ganze Projekt realisiert, der Kredit aber nicht ausgeschöpft worden sei. Daher könne der Realisierungsgrad im Investitionsplan auch rückläufig sein, wenn günstiger als geplant gebaut werde; und dies sei absolut erwünscht.

Martin Häusermann, Sprecher der GPK, und Ursula Gutmann, gemeinderätliche Sprecherin, verzichten auf das Schlusswort.

Beschluss (einstimmig)

1. Die Abrechnung der Objektkredite (Konti 620.501.51 und 620.501.54) „Gesamtprojekt Umgestaltung Thunstrasse und Thorackerstrasse“ im Betrag von CHF 4'391'099.85 wird genehmigt (Kreditunterschreitung: CHF 1'867'219.15).
2. Die Kreditabrechnung „Kanalisation Thunstrasse“ (Konto 710.501.42) im Betrag von CHF 523'006.75 wird genehmigt (Kreditunterschreitung: CHF 79'803.25).

7

Sanierung Worbstrasse

Vorgängig der Sitzung wurde allen Parlamentsmitgliedern eine überarbeitete Version der Botschaft (blaues Papier) verteilt. Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, dass die Änderungen fett markiert seien und diese insbesondere die Kanalisation Worbstrasse (Ziff. 6 der Botschaft) betreffen würden. Der Antrag des Gemeinderates bleibe unverändert.

Bei der Sanierung Worbstrasse handle es sich um ein bedeutendes Projekt der Gemeinde Muri, über welches bereits verschiedentlich im Rat diskutiert worden sei, führt Andreas Aebi als Sprecher der GPK aus. Es seien in der Folge die Grundsatzentscheide des Parlaments berücksichtigt worden. Im Moment sei einzig eine Einsprache hängig, diese gefährde aber die Ausführung nicht. Während der Bauphase seien beträchtliche Verkehrsprobleme zu erwarten. Dass der Gemeinderat ein grosses Gewicht auf die Information der betroffenen Kreise lege, erachte die GPK als sehr sinnvoll.

Obwohl grosse Ausgaben auch von Seiten der Gemeinde getätigt werden müssten, werde man am heutigen Abend einzig über vergleichsweise kleine Beträge zu entscheiden haben. Der Löwenanteil der Ausgaben sei gebunden und somit in der Kompetenz des Gemeinderates. Die vorgeschlagenen Ergänzungen des Projekts zu Lasten der Gemeinde erachte die GPK als sinnvoll. Die Vertreterin des Gemeinderates, Frau Gutmann, werde sicherlich auf die Massnahmen zu sprechen kommen.

In der Botschaft seien im Weiteren die Kosten für die Kanalisationsarbeiten aufgeführt. Diese Kosten würden vollumfänglich über Gebühren finanziert. Dabei sei störend gewesen, dass nicht alle Kosten aufgeführt worden seien, was zu einer etwas undurchsichtigen Situation geführt habe. Im Sinne einer Klärung sei die Botschaft nun überarbeitet worden. Allerdings habe er persönlich bezüglich der in der ersten Botschaft nicht enthaltenen CHF 600'000.00 vorgängig seitens der Gemeindeverwaltung eine andere Antwort erhalten, nämlich, dass diese Kosten über den Rahmenkredit Kanalisationsunterhalt hätten finanziert werden sollen. Als Gebührenzahler würde ihn dieses kleine aber feine Detail durchaus interessieren.

Die GPK stimme den Anträgen des Gemeinderates zu.

Als gemeinderätliche Sprecherin erklärt Ursula Gutmann, dieses Geschäft sei nicht mit dem Projekt Hüsistutz zu vergleichen. Bei der Sanierung Worbstrasse trete der Kanton als Bauherr auf. Die Plangenehmigung sei gestern eingetroffen. Es sei etwas irritierend, dass das Parlament nur über einen kleinen Betrag zu befinden habe, während der Gemeinderat – da es gebundene Ausgaben seien – den grössten Teil bewilligen könne.

Der Betrag, über welchen das Parlament zu entscheiden habe, beinhalte einerseits gestalterische Elemente, welche den Bahnhofplatz Süd aufwerten sollten, andererseits Elemente, welche der Sicherheit und dem Komfort der Nutzer des öffentlichen Verkehrs dienen würden – gedeckte Bushaltestellen und Velo-Parkplätze. Um eine optimale Platzgestaltung realisieren zu können, müsse die Böschung aufgehoben und eine Stützmauer erstellt werden.

Der Beschluss bezüglich Kanalisation (Punkt 2) beinhalte die Aufhebung des Rückhaltebeckens und den Neubau einer Leitungsquerung (Schulhausstrasse / Bahnhofstrasse). Diese Leitung werde benötigt, um das Rückhaltebecken aufheben zu können. Diese Änderungen seien aus Sicherheitsgründen vorgesehen. Sie bitte das Parlament, den Anträgen zuzustimmen.

Eintreten wird nicht bestritten.

Namens der SVP-Fraktion beantragt Urs Grütter, anstelle Ziffer 1 des Beschlusses folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Kredit (neue Ausgabe) in der Höhe von CHF 111'000. (inkl. MWST) für die Erstellung der Veloständer und der Stützmauer (zu den SBB-Geleisen) wird bewilligt.“*

(* Anmerkung der Protokollführerin: effektiv CHF 111'500.00 inkl. MWST).

Folgendes führe seitens der SVP-Fraktion zu diesem Antrag:

Es sei klar, dass man in der Gemeindekompetenz anlässlich der Raumgestaltung nur in gewissen Randgestaltungen beschliessen könne. Dies werde nicht bestritten.

Es gehe hier darum, dass man bei der Verzweigung Moosstrasse / Worbstrasse vier Unterstände für Bushaltestellen, Veloständer mit Glasüberdachungen und eine Stützmauer erstellen wolle. Nach Meinung der Fraktion seien die Bushaltestellenhäuschen und die Glasdächer über den Veloständern zu streichen. Dies aus folgenden Gründen: Grundsätzlich wolle man einen grosszügigen Platz gestalten. Ein solcher Platz werde durch umherstehende Häuschen mehr oder weniger beeinträchtigt. Die Buslinien seien zum Teil noch gar nicht in Betrieb und es

sei auch nicht sicher, ob sie überhaupt jemals in Betrieb genommen würden. Busunterstände in der Worbstrasse würden in unmittelbarer Nähe neben der Unterführung stehen, welche im Rahmen dieser Sanierung ebenfalls saniert werde. Wer unbedingt „unterstehen“ müsse, könne dies auch in der Unterführung tun. Die Busfrequenzen dieser Linien stünden heute und auch in Zukunft in keinem Verhältnis zum Aufwand, welche diese Häuschen mit sich bringen würden. Die Busunterstände seien – wie dies in der Stadt und an anderen solchen Gebäuden zu sehen sei – immer ein beliebtes Objekt für Vandalenakte, welche zu kostspieligen Unterhaltsaufwendungen führen würden. Auch die Glasüberdachung bei den Veloständern sei wenig sinnvoll. Bei Regen herrsche auch Wind – er fahre selber ein paar tausend Kilometer Velo pro Jahr – und wenn es regne, werde ein Velo zwangsläufig nass, wenn es nicht in einem geschlossenen Raum sei. Auch der beste Unterstand nütze nichts. Somit sei aus Sicht des Velofahrers ein gedeckter Unterstand sinnlos.

Glasüberdachungen seien ausserdem anfällig für Vandalenakte – dies sei beispielsweise beim Mattenhof festzustellen. Und eine Überdachung mit Welleternit wäre nicht schön, auch nicht zweckmässig und schaffe dunkle Ecken. Deshalb sollte aus Sicht der Fraktion auf eine Überdachung verzichtet werden.

Verteilte Vorhaben – Busunterstände und Abdeckung der Velounterstände – würden aus Sicht der Fraktion Anlagekosten entstehen lassen, die in keinem Verhältnis zum Nutzen stehen würden. Auch in keinem Verhältnis stünden sie zu einem Nutzen, den man mit Investitionen von CHF 260'000.00 andernorts erzielen könnte.

Er verweise auf den „Murks“ mit der Abdankungshalle. Und hier würde einfach im Vorbeigehen ein Betrag von anderthalb mal soviel ausgegeben.

Busunterstände und Überdachungen der Veloständer seien ihrer Auffassung nach klar dem Luxus- oder „Nice to have“-Bereich zuzuordnen, mit welchem sie sich auch unter dem Jahr befassen möchten. Die Frage stelle sich, was sinnvoll, was luxuriös, was nötig sei, und nicht nur während der Beratung über den Investitionsplan. Hier könnte man CHF 260'000.00 für Sinnvolleres sparen, ohne dass es irgendjemandem weh tue. Es sei daran zu denken, dass mit dem Antrag bauliche Massnahmen gestrichen würden, welche einen ganz geringen Nutzwert hätten und zu hohen Folgekosten führen würden. Man könne damit also nicht nur die CHF 260'000.00 Anlagekosten sparen, sondern auch die Folgekosten.

Schliesslich würden die CHF 260'000.00 mehr als 1/5 der gesamten Kosten ausmachen, welche die Gemeinde gemäss dem Kostenverteiler an die Umgestaltung zu bezahlen habe. Hier dürfe man mit gutem Gewissen den Rotstift zur Hand nehmen und mit schlechtem Gewissen dem Antrag des Gemeinderates zustimmen.

Martin Häusermann führt namens der Forum-Fraktion aus, dass die Notwendigkeit der Sanierung der Worbstrasse wohl unbestritten sei. Der Einigungsprozess habe die nun vorliegende Kreisellösung hervorgebracht, das Projekt erscheine in dieser Form zweckmässig. Die Verkehrssicherheit für Fussgänger sei gewährleistet und der öffentliche Verkehr werde frühzeitig einbezogen.

Beim Antrag 1 gehe es ja lediglich um den Veloabstellplatz und die Bushaltestellen. Den vorgesehenen Komfort dieser beiden „Mobiliare“ würden sie als angemessen und der gängigen Praxis entsprechend erachten. Sie würden davon ausgehen, dass die Bushaltestellen Moosstrasse zwar vorbereitet, aber erst bei Vorliegen einer definitiven Zusage über die Linienführung des Busses ins Gümliengfeld fertig erstellt würden. Für den Antrag der SVP-Fraktion hätten sie wenig Verständnis und es sei klar, was für eine Haltung das Forum dazu haben werde. Auch die Stilllegung des Rückhaltebeckens aus Sicherheitsgründen und die dadurch notwendigen Arbeiten könnten nachvollzogen werden. Bezüglich der übrigen Kanalisationskosten sei es allerdings für Aussenstehende schwer verständlich, dass für nur 235 Meter Kanalisation über 2 Mio. Franken Kosten verursacht

würden! Aber auch diese Kosten stünden offenbar heute nicht zur Diskussion, d.h. auch darüber solle man nicht nachdenken und sich nicht den Kopf zerbrechen.

Die Forum-Fraktion werde den beiden Anträgen zustimmen, möchte aber folgende Anliegen deponieren:

- Die Kommunikationsabläufe seien wie geplant und mit der nötigen Sorgfalt umzusetzen; das Bedürfnis nach Information werde bei den verschiedenen Interessengruppen bestimmt vorhanden sein.
 - Das Verkehrskonzept – welches aufgrund der Intensivbauphase nötig werde – sei gegebenenfalls und situativ zu optimieren. Man denke hier vor allem an folgende Möglichkeiten: Nutzung Aebnitstrasse als Schleichweg, Wahl der (kürzeren) Umfahrung via Dorfstrasse oder Massierungen beim Einkaufszentrum Füllerich während der Stosszeiten.
- Begrüssen würde die Fraktion auch, wenn sich der Gemeinderat bei den SBB dafür einsetzen würde, dass behindertengerechte Perronzugänge vorgeantrieben würden.

Hannes Treier führt aus, die FDP/jf-Fraktion stimme den Anträgen zu. Den Anstoss für dieses Projekt habe der Sanierungs- und Erneuerungsbedarf der Worbstrasse gegeben. Dank diesem habe man die Chance, das Ortsbild Gümli- gen – im Umfeld der Worbstrasse – aufzuwerten. Es sei sicher nicht übertrieben, wenn man sage, eine etwas attraktivere Art und Weise der Worbstrasse tue der Gemeinde gut. Die geplanten Kommunikationsmassnahmen würden seitens der Fraktion begrüsst. Es sei bereits erwähnt worden, dass die Informationen im Zusammenhang mit dem Hüsistutz sehr gut angekommen seien und die Bevölkerung das Bedürfnis habe, gut informiert zu sein. Die Fraktion bedaure, dass die Kosten für die Erneuerung der Kanalisation im ersten Anlauf ungenau ausgewiesen worden seien. Sie gehe aber davon aus, dass auch der Gemeinderat über die Ungenauigkeit nicht ganz begeistert gewesen sei und begrüsse, dass er sehr schnell reagiert und die Sache klargestellt habe. Nach dem Motto: „*Lieber jetzt der Schrecken als später eine böse Überraschung!*“ Man gehe davon aus, dass die Kostenentwicklung laufend überprüft werde, um nicht mit Mehrkosten leben zu müssen.

Den Antrag der SVP-Fraktion werde die FDP/jf-Fraktion ablehnen. Ihrer Ansicht nach gehöre zu einem anständigen Veloständer auch ein Dach. Es gebe tatsächlich verschiedene Modelle, in der Stadt Bern habe es beispielsweise solche, welche nur dekorativ seien. Die Fraktion sei überzeugt, dass diesbezüglich eine nützliche Lösung gefunden werden könne. Auch gehe sie davon aus, dass die Bushäuschen nur realisiert würden, wenn sie effektiv benützt würden. Bestimmt würden die Benützer des öffentlichen Verkehrs es schätzen, wenn sie nicht in der Unterführung warten müssten. Auch sollten die Bewohner von Muri und Gümli- gen gleich behandelt werden, weshalb auch in Gümli- gen gedeckte Wartestellen realisiert werden sollten. Probleme der Vandalenakte bestünden tatsächlich, aufgrund derer sollte jedoch nicht kapituliert und von Anfang an darauf verzichtet werden. Es gelte Lösungen zu finden, welche einigermaßen vandalentauglich seien. Vielleicht ändere sich ja bezüglich der Vandalenakte in Zukunft auch etwas. In diesem Sinne unterstütze die FDP/jf-Fraktion beide Anträge des Gemeinderates.

Ursula Gutmann erklärt, der Gemeinderat halte an seinen Anträgen fest.

Es sei sinnvoll und auch so geplant, dass die Bushäuschen erst gebaut würden, wenn sie benötigt würden.

Betreffend Kommunikation könne sie versichern, dass die gemachten, guten Erfahrungen beim Hüsistutz auch bei der Sanierung Worbstrasse angewendet würden. Würde sich herausstellen, dass es Probleme mit dem geplanten Verkehrskonzept gebe, werde schnell und situativ entschieden.

Am vergangenen Montag habe man mit den SBB über behindertengerechte Peronzugänge gesprochen. Im Zusammenhang mit dem Bau des 3. Geleises hätten die SBB vorgesehen, vorerst das Perron 1 auf die erforderlichen 55 cm anzuheben, um dieses behindertentauglich zu machen. Weitere Versprechen hätten die SBB nicht gemacht.

Andres Aebi, Sprecher der GPK, und Ursula Gutmann, gemeinderätliche Sprecherin, verzichten auf das Schlusswort.

Beschluss über den Antrag der SVP-Fraktion

Der Antrag der SVP-Fraktion wird mit 27:6 Stimmen abgelehnt.

Schlussabstimmung (grossmehrheitlich)

1. Der Kredit (neue Ausgabe) in der Höhe von CHF 371'500.00 (inkl. MWST) für die Erstellung der Bushaltestellen, der Veloständer und der Stützmauer (zu den SBB-Geleisen) wird bewilligt.
2. Der Kredit (neue Ausgabe) in der Höhe von CHF 335'000.00 (exkl. MWST) zur Querung des RBS-Trassees Schulhausstrasse / Bahnhofstrasse (Stilllegung des Rückhaltebeckens unter der International School of Berne) wird bewilligt.

8 Kindertagesstätte Steinhübeliweg 11a, Muri

Der Gemeinderat hat das Geschäft „Kindertagesstätte Steinhübeliweg 11a, Muri“ zurückgezogen (vgl. Mitteilung von Gemeinderat Hans Haldimann zu Beginn der Sitzung).

9 Motion Aebi (SP) betreffend Teilrevision der Gemeindeordnung

Der Gemeinderat beantragt die Abschreibung des Vorstosses.

Das Wort wird durch den gemeinderätlichen Sprecher, Hans-Rudolf Saxer, nicht verlangt.

Das Wort wird nicht verlangt.

Beschluss (einstimmig)

Die Motion Aebi (SP) betr. Teilrevision der Gemeindeordnung wird als erledigt abgeschrieben.

10 Postulat Aebi (SP) betreffend Änderung Art. 85 Ziff. 2 + 3 des Personalreglementes; Zwischenbericht

Der Zwischenbericht liegt schriftlich vor.

Das Wort wird durch den gemeinderätlichen Sprecher, Hans-Rudolf Saxer, nicht verlangt.

Andreas Aebi (SP) ist mit dem Zwischenbericht zufrieden.

Beschluss

Vom Zwischenbericht wird Kenntnis genommen.

11 Postulat Grütter (SVP) betreffend ISB (International School of Berne); Abschreibung

Der Gemeinderat beantragt die Abschreibung des Vorstosses.

Das Wort wird durch den gemeinderätlichen Sprecher, Hans-Rudolf Saxer, nicht verlangt.

Urs Grütter (SVP) beantragt, der Abschreibung nicht zuzustimmen. Am 04. März 2002 habe das Parlament – wenn er sich richtig erinnere – das Postulat einstimmig überwiesen.

Aus dem damaligen Bericht des Gemeinderates zitiere er einige Stellen: „*Es ist unbestritten, dass die ISB für Bestand und Entwicklung des Wirtschaftsraumes Espace-Mittelland, Region Bern und Gemeinde Muri von grosser Bedeutung ist. ... Richtig ist auch, dass die ISB bereits wieder an ihrer Kapazitätsgrenze angelangt ist. ... Eine sofortige Einleitung eines Umzonungsverfahrens drängt sich nach Auffassung des Gemeinderates nicht auf. ... Zeitliche Dringlichkeit besteht auch deshalb nicht, weil das auf der Parzelle Nr. 436 stehende Gebäude bis 2006 fremdvermietet ist. ... Sollte sich auf der Parzelle Nr. 436 unerwarteterweise eine für die ISB ungünstige bauliche Entwicklung abzeichnen, so könnte die Gemeinde über diese Parzelle eine Planungszone verfügen.*“ Hier stelle sich für ihn die Frage, warum dies nicht gemacht worden sei. Die Schule werde nun eingengt und man sage schlicht und einfach, die Grundeigentümer würden etwas anderes machen. Es sei nichts geplant, sondern die Sache einfach schubladisiert worden. Dies sei weder damals noch heute die Idee gewesen, dass einfach ja und amen zum Vorhaben der Grundeigentümer gesagt und dadurch die Schule eingengt werde. Dadurch werde sie wohl in den nächsten paar Jahren aus der Gemeinde gedrängt. Er nehme an, dass das Parlament konsequent sei und den Gemeinderat auf den Aussagen vom März 2002 behafte. Es sei auf diesem Weg weiterzufahren und nicht das Problem schnell abzuschreiben, weil der Grundeigentümer anderes im Sinn hätte. Man könne noch weitergehen, und sagen, der Grundeigentümer sei wohl einer der grössten der Gemeinde Muri. Dies sei doch die Chance, dass durch eine Einzonung an einem anderen Ort wahrscheinlich eine Lösung gefunden werden könnte, welche dem Grundeigentümer kein entschädigungspflichtiges Opfer abverlangen würde. In diesem Sinne müsste seines Erachtens das Postulat mindestens aufrechterhalten, wenn nicht sogar mit einer Motion nachgedoppelt werden.

Hans-Rudolf Saxer erklärt, der Gemeinderat halte am Antrag auf Abschreibung fest. Herr Grütter habe auf das frühere Dokument hingewiesen, welches die damalige Situation wiedergegeben habe. In der Zwischenzeit habe man sich sehr intensiv um dieses Geschäft gekümmert, das Geschäft weiter bearbeitet und nicht stillgelegt. In der ersten Hälfte dieses Jahres hätten in diesem Zusammenhang mind. 5 – 6 Besprechungen – mit den Grundeigentümern und Vertretern der ISB – stattgefunden.

Effektiv habe die ISB schriftlich erklärt, dass sie auf den Erwerb dieses Grundstückes verzichten würde. Dies aus folgenden zwei Gründen:

- Die ISB sei dazu finanziell nicht in der Lage. Die Lage des Grundstückes sei ausgezeichnet und befinde sich in der Arbeitsplatzzone A1.
- Selbst wenn die ISB das Grundstück hätte erwerben können, würde dieses ihre mittel- und langfristigen Platzprobleme nicht lösen. Wenn sie nämlich weiterhin so expandieren würde, müsste sie sowieso aus diesem Raum „ausbrechen“ und dieses Grundstück würde ihr nichts nützen. Dieser Punkt sei schlussendlich für die ISB entscheidend gewesen.

Abgesehen davon habe dieses Geschäft für Muri und den Wirtschaftsstandort Bern zwei riesengrosse Vorteile, wenn es möglich sei, dass die RBA - welche bereits 300 Arbeitsplätze betreibe - dieses Grundstück erwerben könne. Dann werde sie nämlich kurzfristig in der Gemeinde Muri zusätzlich 400, überwiegend qualifizierte Arbeitsplätze schaffen. Da vor kurzem mit der Schliessung der Ascom-Niederlassung rund 300 Arbeitsplätze verloren gegangen seien, sei dies für die Gemeinde Muri und den Wirtschaftsstandort Bern sehr wichtig. Würde sich diese Möglichkeit nicht ergeben, würde die RBA sehr wahrscheinlich aus Gümligen und sogar aus dem Kanton Bern wegziehen. Mit der Unterstützung der RBA nehme man daher eine regionale bzw. sogar kantonale Verantwortung wahr.

Auch wichtig für die Realisierung dieses Projektes sei das Verlegen der Tramwendschlaufe, welche seit etwa 20 Jahren geplant und auch bewilligt sei. Momentan sei dort noch der Parkplatz der RBA sowie ein Transformatorenhäuschen. Der RBS sei in die Verhandlungen einbezogen worden und habe sich nach Abwägung aller Elemente bereit erklärt, die Tramwendschlaufe im Bereich des Siloah neu zu planen. Dadurch würde auch der Bereich Siloah viel besser mit dem öffentlichen Verkehr erschlossen.

Aus Sicht des Gemeinderates habe dieses Geschäft nur Vorteile. Er bitte das Parlament, den Vorstoss abzuschreiben, damit es bei der Realisation des nun geplanten Projektes nicht noch Probleme gebe.

Lee Streit (Forum) verweist auf den letzten durch Herrn Saxer erwähnten Punkt und dankt für den Nebeneffekt der Verlegung der Tramwendschlaufe ins Gebiet des Siloahs. Dies sei eine Zukunftsperspektive für die Verdichtung des öffentlichen Verkehrs in diesem Gebiet, welche einem grossen Bedürfnis der Bewohnerinnen und Bewohner der Gemeinde entspreche, da zu den bestehenden Institutionen im Siloah neu der Lido-Park und der Stützpunkt der Spitex Dienste komme.

In einer Zukunftswerkstatt der Gesundheitsförderung der Gemeinde sei dieser Wunsch als Anliegen 1. Priorität formuliert worden. So bleibe nur noch zu hoffen, dass die zukunftsgerichtete Planung nicht zu lange auf ihre Umsetzung warten lasse.

Beschluss (grossmehrheitlich)

Das Postulat Grütter (SVP) betreffend ISB (International School of Berne) wird als erledigt abgeschrieben.

12

Motion Wenger (EVP) betreffend Einführung der Blockzeiten in Muri-Gümligen

Der Gemeinderat beantragt Überweisung des Vorstosses.

Das Wort wird durch den gemeinderätlichen Sprecher, David von Steiger, nicht verlangt.

Der Vorstoss wird nicht bekämpft.

Ursula Wenger (EVP) hält fest, sie wolle sich zuerst recht herzlich für die ausführlichen Erläuterungen bedanken. Es sei verständlich, dass noch gewisse Ängste bestünden, Veränderungen brächten das so mit sich. In diesem Zusammenhang möchte sie an die Einführung der 5-Tage-Woche erinnern. Man könne es heutzutage fast nicht mehr nachvollziehen, was für eine Zangengeburt dies damals gewesen sei. Seither sei die 5-Tage-Woche längst zur Selbstverständlichkeit geworden und die gleiche Selbstverständlichkeit werde sich mit Sicherheit auch nach der Einführung der Blockzeiten einstellen.

Sie sei wahrscheinlich die Einzige unter den Anwesenden, die die grössten persönlichen Erfahrungen mit den Blockzeiten habe. Sie habe nämlich das Glück gehabt, während dem grössten Teil der obligatorischen Schulpflicht ihrer Kinder in Ländern gewohnt zu haben, in welchen Blockzeiten und Tagesschulen die Regel seien, und dies sei mehr als 25 Jahre her.

Es sei nicht nur den Blockzeiten zu verdanken, dass aus ihren Kindern etwas geworden sei – aber vielleicht aus ihr! Die täglich gleich bleibenden Schulzeiten hätten ihr nämlich erlaubt, eine gezielte Weiterbildung zu absolvieren und später auch beruflich tätig zu sein. Was für einen enormen Vorteil die Blockzeiten für denjenigen bedeutete, der tagsüber für die Kinder verantwortlich sei – und das sei heute in den meisten Fällen immer noch die Mutter – habe sie eigentlich erst richtig schätzen gelernt, als sie für zwei Jahre in der Schweiz gewohnt habe. Bei einer schulischen Bandbreite von Kindergarten bis Sekundarschule sei es eine absolute Ausnahme gewesen, wenn auch nur zwei Stunden lang kein Schichtwechsel stattgefunden, und dies erst noch ohne erkennbares System. Die Kinder hätten sich die Türklinke praktisch in die Hände gegeben. Es sei eine organisatorische Gratwanderung gewesen, etwas Konstruktives zu planen. Für sie selber sei praktisch kein zusammenhängender Freiraum geblieben. Lediglich ein Abendkurs in der Migros hätte drin gelegen.

Unter dem Strich habe übrigens nicht nur sie, sondern die ganze Familie vom System Blockzeiten und Tagesschulen profitiert. Den Kindern sei es nämlich egal, wann sie in die Schule müssten – Hauptsache, ihre Kameraden seien dann auch dort. Und in diesem Sinne hoffe sie, dass auch bei uns die Ära der Blockzeiten so bald als möglich eingeläutet werde.

David von Steiger, gemeinderätlichen Sprecher, hält fest, was Frau Wenger geschildert habe, sei längst Vergangenheit und seit mehr als sechs Jahren in der Gemeinde Muri nicht mehr der Fall. Es brauche nur noch einen kleinen Schritt, damit man echte Blockzeiten habe. Es müssten noch Lösungen bei den Halbklassen der kleinen SchülerInnen gefunden werden und er hoffe, der Kanton werde dieses Mal brauchbare Leitplanken zur Verfügung stellen.

Beschluss (einstimmig)

Die Motion Wenger (EVP) betreffend Einführung der Blockzeiten in Muri-Gümligen wird überwiesen.

13 Motion Grubwinkler / Lützelschwab-Sturzenegger (jf) betreffend Schaffung eines „guichet virtuel“ auf der Internetseite <http://www.muri-guemligen.ch>

Der Gemeinderat beantragt Überweisung des Vorstosses.

Das Wort wird durch den gemeinderätlichen Sprecher, Hans-Rudolf Saxer, nicht verlangt.

Der Vorstoss wird nicht bekämpft.

Das Wort wird nicht verlangt.

Beschluss (einstimmig)

Die Motion Grubwinkler / Lützelschwab-Sturzenegger (jf) betreffend Schaffung eines „guichet virtuel“ auf der Internetseite <http://www.muri-guemligen.ch> wird überwiesen.

14 Motion Grubwinkler (jf) / Künzi (FDP) betreffend Aaredamm und Aareufer

Der Gemeinderat beantragt Überweisung des Vorstosses.

Das Wort wird durch den gemeinderätlichen Sprecher, Hans-Rudolf Saxer, nicht verlangt.

Der Vorstoss wird nicht bekämpft.

Das Wort wird nicht verlangt.

Beschluss (einstimmig)

Die Motion Grubwinkler (jf) / Künzi (FDP) betreffend Aaredamm und Aareufer wird überwiesen.

15 Postulat SVP-Fraktion betreffend Mobilfunk

Der Gemeinderat beantragt Überweisung des Vorstosses.

Das Wort wird durch den gemeinderätlichen Sprecher, Hans-Rudolf Saxer, nicht verlangt.

Der Vorstoss wird nicht bekämpft.

Das Wort wird nicht verlangt.

Beschluss (einstimmig)

Das Postulat SVP-Fraktion betreffend Mobilfunk wird überwiesen.

16 Einfache Anfrage Gubler (FDP) betreffend der Einführung einer weiteren spez. Sek-Klasse bei Bedarf

Die Antwort liegt schriftlich vor.

Das Wort wird durch den gemeinderätlichen Sprecher, David von Steiger, nicht verlangt.

Patricia Gubler (FDP) dankt dem Gemeinderat für die Antwort. Es brauche zur Zeit keine 2. spez. Sek.-Klasse, dies sei ihr bei den vorliegenden Zahlen klar. Sie hoffe aber, dass sich das, was sie zwischen den Zeilen lese und auch schon gehört habe, nämlich die Abschaffung der spez.-Sek., nicht bewahrheiten werde. Sie werde für eine Beibehaltung der spez.-Sek. kämpfen.

17 Neue parlamentarische Vorstösse

Motion Matyassy (FDP) betr. Kreisel Feldstrasse/Sonnenweg/Tannackerstrasse

Der Gemeinderat wird beauftragt, den Kreisel Feldstrasse/Sonnenweg/Tannackerstrasse aus sicherheits- und gestaltungsmässiger Sicht zu verbessern und diesen Arbeiten im Rahmen des Investitionsplanes 2005 ff erste Priorität einzuräumen.

Begründung:

Die Gestaltung des Kreisels und die ungenügenden Markierungen und Signalisationen führen dazu, dass jeden Tag mehrmals gefährliche und unfallträchtige Situationen entstehen. Dies betrifft insbesondere Verkehrsteilnehmer/innen, welche aus der Tannackerstrasse via Kreisel in die Feldstrasse fahren. Diese übersehen oft, dass sie sich einem Kreisel nähern und erzwingen den Rechtsvortritt gegenüber den vortrittsberechtigten Lenker/innen, die aus dem Sonnenweg Richtung Feldstrasse fahren wollen. Dies hat immer wieder kritische Situationen, ja auch Unfälle zur Folge. Die Markierungen und Signalisationen, dass es sich bei der Kreuzung Feldstrasse/Sonnenweg Tannackerstrasse um einen Kreisel handelt, ist deshalb deutlich zu verbessern. Nicht zu befriedigen vermag auch die bauliche Gestaltung des Kreisels. Der Innenteil ist zu klein, dies zeigt sich insbesondere auch wenn die RBS-Busse durch den Kreisel fahren müssen. Es drängt sich deshalb auf, dass der Gemeinderat der sicherheits- und gestaltungsmässigen Verbesserung des Kreisels Feldstrasse/Sonnenweg/ Tannackerstrasse bei der Planung der Investitionen für das Jahr 2005 erste Priorität einräumt.

Gümligen, 20. Juni 2004

J. Matyassy (FDP)

L. Streit, B. Künzi-Egli, P. Gubler, V. Bettler Suter, H. Treier, R. Cadetg, B. Stalder Ritschard, F. Müller, R. Meyer, U. Wenger, R. Eggimann, V. Flück, R. Berger, A. Aebi, M. Graham, E. Mallepell, U. Siegenthaler, J. Beck, K. Heer, R. Grubwinkler, U. Gantner, S. Brüngger, A. Müller, A. Stettler, D. Schönenberger, F. Aebi, Ch. Staub (28)

Motion Aebi Florian / Stalder Ritschard (SP) betr. Änderung des Fonds für das Alter

Der Gemeinderat wird beauftragt, die Zweckbindung des Fonds für das Alter so zu gestalten, dass der Fonds auch für weitere Ausgaben im Bereich der Altersbetreuung verwendet werden kann, die nicht dem Lastenausgleich unterliegen wie zum Beispiel für die Sanierung des Pflegeheims.

Begründung:

Der Fonds für das Alter soll dazu dienen, einen Teil der nicht lastenausgleichsberechtigten Kosten zu decken, die der Gemeinde aus der Altersvorsorge erwachsen. Da die Fondsgelder mit dem bisherigen Zweck nicht genügend genutzt wurden, ist es sinnvoll, den Zweck zu erweitern, ohne aber den Fonds ganz aufzuheben. Mit der Zweckerweiterung sind Projekte zu finanzieren, die für ältere Menschen wichtig sind und die Gemeinderechnung in grösserem Rahmen belasten würden. Eine Überführung des Fonds in die allgemeine Rechnung entspricht nicht dem Sinn und der Zweckgebundenheit. Viel mehr ist zu prüfen, ob Teile des Fonds zum Beispiel für die im Moment anstehende Sanierung des Pflegeheims gebraucht werden könnte. Dadurch kann auf Seiten der Investitionen korrigiert werden und bei der Budgetierung des Voranschlages 2005 u.U. anders gerechnet werden. Der Gemeinderat wird im Weiteren für die Folgejahre beauftragt, ein Finanzierungsmodell für den Fonds für das Alter auszuarbeiten, das im Wesentlichen den zu erwartenden Ein- und Ausgaben entsprechen wird.

Gümligen, 22. Juni 2004

F. Aebi (SP)
B. Stalder Ritschard (SP)

A. Aebi, V. Flück, D. Schönenberger, M. Häusermann, M. Graham, V. Bettler Suter, L. Streit, R. Berger, Ch. Schnyder (11)

Motion Stalder Ritschard (SP) betr. Lautsprecheranlage im Muribad

Der Gemeinderat wird aufgefordert, im Muribad so schnell als möglich eine Lautsprecheranlage für wichtige Durchsagen einbauen zu lassen.

Begründung:

Das Muribad gehört sicher zu den schönsten Bädern Europas, doch ist es eher unübersichtlich. In den meisten Bädern gibt es eine Lautsprecheranlage, die wichtige Durchsagen erlaubt. Aus Sicherheitsgründen sollte dies auch im Muribad so sein. So können Badende rasch auf eine Wasserstandsänderung der Aare aufmerksam gemacht werden, kann bei einem Unfall nach einem anwesenden Arzt gefragt werden, können vermisste Kinder ausgerufen werden usw. Um die Sicherheit in unserem schönen Bad zu erhöhen, wäre dies sehr wichtig.

Gümligen, 22. Juni 2004

B. Stalder Ritschard (SP)

V. Bettler Suter, U. Gantner, J. Matyassy, P. Gubler, U. Siegenthaler, Ch. Staub, J. Beck, Ch. Schnyder, A. Aebi, R. Berger, V. Flück, M. Graham, D. Schönenberger, U. Wenger, S. Brüngger, R. Grubwinkler, R. Meyer, H. Treier, R. Cadetg, K. Heer, F. Müller, B. Künzi-Egli (23)

Interpellation Gantner (FDP) / Lützelschwab-Sturzenegger (jf) betr. Handhabung der Kontaktpflege mit den Wirtschaftsunternehmen durch die Gemeindeverwaltung

Der Gemeinderat wird gebeten aufzuzeigen, wie die Kontakte mit den in der Gemeinde ansässigen Unternehmen und solchen, welche einen Umzug in unsere Gemeinde in Erwägung ziehen, gepflegt werden. Im Weiteren wird der Gemeinderat gebeten aufzuzeigen, wie die Anfragen von Unternehmungen in der Gemeindeverwaltung koordiniert und beantwortet werden.

Muri, 18. Juni 2004

U. Gantner (FDP)
N. Lützelschwab-Sturzenegger (jf)

Auf die Frage des Vorsitzenden werden keine Einwände gegen das Verfahren erhoben.

Der Vorsitzende teilt mit, dass im Juli schriftlich über den GGR-Ausflug informiert werde. Abschliessend wünsche er allen schöne Sommerferien.

GROSSER GEMEINDERAT MURI BEI BERN
Der Präsident: Die Protokollführerin:

Ch. Staub

N. Sanktjohanser